



# BAföG Forderungen zur 27. Novelle

BJA Beschluss 23. Februar 2021



2021 feiert das BAföG seinen 50sten Geburtstag. Und das BAföG ist deutlich gebrechlicher als es sein sollte. Der Anteil der BAföG-Beziehenden hat einen absoluten Tiefstand erreicht. Nur noch 11 Prozent aller Studierenden erhalten überhaupt BAföG. Schüler\_innen erhalten nur in Ausnahmefällen Unterstützung. Die von der Bundesregierung mit der 26. Novelle angekündigte große Trendwende blieb aus. Das Ziel, mehr Menschen BAföG zu ermöglichen, wurde deutlich verfehlt.

Dass die Entwicklung des BAföG den tatsächlichen Bedarf nicht abbildet, hat auch die Corona-Krise gezeigt. Die viel zu spät bereitgestellte Überbrückungshilfe für aufgrund der Pandemie in finanzielle Not geratene Studierende musste durch die Studierendenwerke in 36% der Fälle abgelehnt werden. Bei mehr als der Hälfte dieser abgelehnten Anträge befanden sich die Studierenden zwar in einer finanziellen Notlage, diese war aber schon vor der Pandemie gegeben. Während BAföG-Gelder nicht ausgeschöpft werden, haben Studierende, aber auch andere junge Menschen in Ausbildung, Probleme ihre Ausbildung zu finanzieren.

Das BAföG ist ein Herzensthema der Gewerkschaften. Soll es doch Menschen ein Studium bzw. eine weiterführende Schulausbildung unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern ermöglichen. Ein starkes BAföG ist die wichtigste Grundlage, um Chancengleichheit beim Hochschulzugang und generell gesellschaftliche Teilhabe an Bildung mit einem klaren Rechtsanspruch auf eine bedarfsdeckende Studienfinanzierung zu verbinden.

Im Jahr der Bundestagswahl steht regulär auch der nächste Bericht der Bundesregierung zum Stand der Ausbildungsförderung an. Es sieht allerdings nicht so aus, als wenn mit einer Veröffentlichung zu diesem strategisch wichtigen Zeitpunkt zu rechnen ist. Diese Daten zum Stand der Ausbildungs-förderung fehlen in der politischen Diskussion und zum Untermauern unserer gewerkschaftlichen Forderungen.

BAföG muss seinen Auftrag, Chancengleichheit im Bildungssystem herzustellen, erfüllen können. Dafür fordern wir die Bundesregierung auf, die notwendige 27. Novelle so schnell wie möglich anzugehen.

Die DGB-Jugend fordert deshalb, dass:

- die Elternfreibeträge deutlich angehoben werden, so dass der Kreis der Anspruchsberechtigten wächst.
- ein Notfallmechanismus im Gesetz verankert wird, der eine unbürokratische und schnelle Hilfe für Schüler\*innen, Studierende und Auszubildende ermöglicht, die auf Grund von epidemischer oder anderer Krisenlagen von nationaler Tragweite in finanzielle Not geraten.
- der monatliche Regelbedarf sofort um mindestens 150 Euro erhöht wird.

- Bedarfssätze, Freibeträge und Sozialpauschalen regelmäßig jedes Jahr mit jedem fälligen BAföG-Bericht an Inflation und Einkommensentwicklung angepasst werden.
- im BAföG Regelungen 100% analog zur Wohngeld-Tabelle verankert werden, um den weiterhin massiven Preisanstieg und regionale Unterschiede in den Mietkosten abzubilden.
- das echte Schüler\*innen-BAföG wieder eingeführt wird und nicht nur Schüler\*innen, die zwingend auswärts wohnen, gefördert werden.
- Chancengleichheit auch beim Orientierungsstudium gelten muss. Entsprechende Angebote, die dem Studium verbindlich vorgeschaltet sind, ohne dass sie explizit Teil des Curriculums sind, müssen nach BAföG förderfähig werden.
- schulische Berufsausbildungen, die aus mehreren aufeinander aufbauenden Phasen (wie z. B. Vorpraktikum + Berufsfachschule + Fachschule) bestehen, im BAföG als zusammenhängende Bildungsabschlüsse gewertet werden. So wäre auch ein darauf aufbauender Studienabschluss förderfähig.
- die Altersgrenzen für den BAföG-Bezug abgeschafft werden.
- das Erbe aus der Diplomzeit, der Leistungsnachweis, nach dem 4. Semester abgeschafft wird.
- das BAföG herkunftsunabhängig wird und auch Menschen mit Fluchterfahrung BAföG-Anspruch unabhängig ihrer Aufenthaltsdauer und Asylverfahrensstatus bekommen.
- das BAföG an die Studienrealität angepasst wird und die Förderungshöchstdauer pauschal um zwei Semester erhöht wird.
- die Förderungshöchstdauer prinzipiell für Pflege bei anerkannter Pflegestufe verlängert werden kann und hier der Verlängerung an die Modalitäten für Geförderte mit Behinderung angeglichen wird. Auch nachweisliches Engagement in den Förderwerken der Begabtenförderung, in einem anerkannten Jugendverband, sowie für die Mitwirkung in gesetzlich vorgesehenen Gremien betrieblicher Interessenvertretung, in der kommunalen Selbstverwaltung, der Sozialgerichtsbarkeit und der Sozialversicherungen sollen sich positiv auf die Förderungshöchstdauer auswirken.
- bezogen auf das laufende Semester die rückwirkende Antragstellung ermöglicht wird.
- die Studienabschlussförderung nicht als Voll Darlehn, sondern zu den Konditionen des BAföG gewährt wird.
- das berufs begleitende Studium förderfähig gestaltet werden.

- das BAföG auf einen Vollzuschuss umgestellt wird! Für Studierende, die zum Inkrafttreten der 27. BAföG-Novelle bereits BAföG als Teildarlehen bezogen haben sind Übergangsbestimmungen zu erlassen. Die maximal zurückzuzahlende Darlehenshöhe ist auf 5.000 € zu halbieren, die monatliche Mindestrate sowie der Rückzahlungszeitraum sollen entsprechend angepasst werden.
- alle Bildungszeiten wieder in der Rentenversicherung bewerten werden.
- eine sozialpolitische Gleichbehandlung von Berufsausbildung und Studium nachhaltig gesichert wird. Wir fordern eine grundsätzliche Angleichung der Förderkonditionen der Berufsausbildungsbeihilfe an die des Studierenden-BAföG.
- BMBF und BMAS in der kommenden Legislaturperiode einen Prozess unter Beteiligung der Sozialpartner und weiteren relevanten Akteur\*innen aufsetzen, um in der aktuellen Förder- und Finanzarchitektur der Erwachsenenbildung bzw. des lebenslangen Lernens Lücken zu identifizieren und ein Gesamtkonzept, das dem Gleichheitsgebot angemessen ist, zu erarbeiten.
- jegliche bürokratische Hürden abgebaut werden, eine digitale Antragstellung ermöglicht wird und eine unabhängige sozialrechtlichen Beratung möglich wird.

Da die Bundesregierung die im BAföG verankerte zweijährliche Berichterstattung immer wieder vor sich her schiebt und der letzte Bericht schon wieder eine Weile zurückliegt, wird die DGB-Jugend 2021 einen aktuellen Alternativen BAföG-Bericht vorlegen. Hiermit wollen wir zentrale Daten zur Situation der aktuellen Ausbildungsförderung vorlegen, unseren Forderungen Gewicht verleihen und einen wichtigen Beitrag zum politischen Diskurs liefern.